

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis:
Wochenblatt 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 4. August 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen!

Laut Beschluß des letzten Parteitagcs findet der diesjährige in
Dresden statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9
der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen
Parteitag auf

Sonntag, den 13. September,

abends 7 Uhr, nach Dresden in das Lokal Trianon, Schützen-
platz, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 13. September, abends 7 Uhr: Vorversammlung.
Konstituierung des Parteitagcs. Festsetzung der Geschäfts- und
Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 14. September, und die folgenden Tage:

- 1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
Berichterstatter: W. Paanluch und A. Gexijch.
2. Bericht der Kontrolleure.
Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
Berichterstatter: A. Stadthagen.
4. Reisebericht.
Berichterstatter: R. Fischer.
5. Der internationale Kongress in Amsterdam 1904.
Berichterstatter: R. Singer.
6. Anträge zum Programm und Organisation.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Vorstandes und der Kontrolleure.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die
Aufforderung, die Vorbereitungen für den Parteitag — also die
Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig
zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens den 31. August in den Händen
des Vorstandes, Adresse:

J. Kuer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstr. 30
sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz II der
Partei-Organisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die
gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegen-
zeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen
bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung
gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht,
von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokalkomitee recht-
zeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell
weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:
Karl Sindermann, Dresden-A., Zwinglerstr. 22.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau
J. Kuer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstr. 30
zu beziehen.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf auf-
merksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive
weder im „Vorwärts“, noch in der den Delegierten zugehenden
Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das
Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf
dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive ver-
bietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu
vermeiden.

Berlin, 25. Juli 1903.

Mit socialdemokratischem Gruß!

Der Parteivorstand.

Die freisinnigen Auslieferungen an die
Junfer.

In der „liberalen“ Presse häuften sich seit den Wahlen die Ver-
trachtungen über die Bildung einer „großen“ liberalen Partei, über
die Wiedergeburt des zusammengebrochenen Freisinn. Zumeist
waren diese Betrachtungen gespickt mit Angriffen gegen Eugen
Nichter, den Totengräber des Freisinn.

Es ist natürlich falsch, alle Schuld auf einen Mann zu laden.
Die Schuld trägt der ganze Freisinn, der, wenn er je besser gewesen
wäre, längst für eine Erneuerung der liberalen Politik gesorgt haben
könnte. Wohl aber trifft es zu, daß das phlistische Unverständnis
für die zeitbeherrschende Frage der Arbeiterbewegung und zugleich
damit die Neigung, lieber die Reaktion als die Arbeiterklasse zu
stärken, in Eugen Nichter den typischen Vertreter gefunden haben. Herr
Eugen Nichter ist der Ausdruck des kurzfristig kapitalistischen Libera-
lismus, wie ihn die trüffelhafte Entwicklung des deutschen Bürger-
tums mit sich brachte, und Herr Eugen Nichter wiederum hat den
Liberalismus immer tiefer in die Sackgasse der Reaktion geführt.

Herr Eugen Nichter läßt sich durch das Sommergerede einiger liberaler
Blätter nicht beirren. Da er immer noch, dank konservativ-liberal-
liberal-socialdemokratischer Wahlhilfe an der Spitze eines Häufleins
von Wetrenen tragt und der Starke sich ja am mächtigsten alle in
fühlt, so treibt er seine Lebensarbeit im alten Stille munter weiter.
Er schlägt in der „Freisinnigen Zeitung“ die Rebellen dugendweise
ein, citiert die Lobsprüche des kleinsten freisinnigen Winkelblattes, das aus
der Nichterschen Garüche in der Zimmerstraße gespeist wird, und
beweist, wie seine Taktik allein richtig sei. Außerdem ist ihm neulich
ein großes Glück widerfahren. Zum erstenmal seit langer Zeit
konnte er endlich wieder einmal einen unverfälschten manchesterlichen
Erguß abdrucken. Die Bremer „Weserzeitung“, die zwar der frei-

sinnigen Vereinigung angehört, während der Wahlkampagne aber
à la Nichter die Socialdemokratie zum Siege verleumdete, ver-
öffentlicht kürzlich einen Artikel, wie man sie vor zwanzig Jahren
schrieb: Mit der staatlichen Socialreform sei man auf die schiefe
Ebene gekommen, mit ihr habe man den Socialismus principiell
anerkannt. Herr Eugen Nichter atmete auf, als er diese schöne Ver-
trachtung seiner „Freisinnigen Zeitung“ einberleiben konnte. Endlich
ein wahrer Herzenston! Das ist ja die Tragikomik der Eugen
Nichter, daß sie sich längst nicht mehr zu dem bekennen
dürfen, was sie denken, zum reinen Manchestertum. War
man doch bereits so weit in der socialpolitischen, das heißt
„socialistischen“ Neuhelei versunken, daß Eugen Nichter in den
„Socialistenpiegel“ die liberale Wahlhilfe von der Begnerchaft der
Socialdemokratie gegen die Socialreform vorwurfsvoll übernehmen
mußte. In dem Artikel der „Weser-Zeitung“ brach die freisinnige
Natur durch und Eugen Nichter gedachte gerührt der schönen Jugend-
zeit, wo man noch mit dem freien Spiel der Kräfte den geliebten
Kapitalismus verteidigen konnte. Das Manchestertum war die
theoretische Grundlage des Freisinn; indem er Schritt für Schritt
sein eigenes Princip verleugnen mußte, wurde er theoretisch über-
fällig, wie er in der Folge auch praktisch entbehrlich wurde.

Eugen Nichter freilich wollte niemals begreifen, daß seine Partei
im Grunde längst gestorben ist. Er vergnügte sich vielmehr seit
dreißig Jahren damit, nachzuweisen, daß die Taktik der Social-
demokratie an allem Unheil schuld sei, und daß seine Taktik
das Allheilsmittel sei. 1878 veröffentlichte Eugen Nichter
über „Die Socialdemokraten, was sie wollen und wie sie wirken.“
Die Hauptstellen dieser Proskripte sind fast wörtlich in seine späteren
Socialistenliteren, von den „Jrrelehren“ und „Zukunftsbildern“ bis
zu den „WV-Büchern“ und dem „Socialistenpiegel“ übergegangen.
Eugen Nichter hat, wie er in der Sparbarkeit die Waffe gegen die
Schäden des Kapitalismus feiert, auch auf dem Gebiet der geistigen
Produktion die Sparbarkeit zum höchsten Princip seiner schrift-
stellerischen Thätigkeit gemacht. Mit dem gleichen halben Duzend
Argumenten fristet er seit einem Menschenalter den Kampf gegen
die Socialdemokratie. 1878 machte Eugen Nichter die falsche Taktik
der Socialdemokratie dafür verantwortlich, daß die Fortschrittspartei
im Kampf gegen Bismarck unterlegen war. Und weil die Social-
demokratie „Streiks systematisch vom Baune gebrochen“, war sie auch
schuld an der Verhäufung des Krachs nach der Gründerzeit
(1871—1874). Das Geschwätz von der Stärkung der Reaktion durch
die Socialdemokratie kehrt seitdem bei allen Wahlen wieder, und
ebenso ist die falsche Taktik der „Socialdemokratie“ schuld an sämtlichen
Handlungen der Reaktion, legihin z. B. am „Antrag Nordoff“.
Zwar hat die falsche Taktik der Socialdemokratie bis zu der Höhe
einer Drei-Millionen-Partei geführt und die unentwegt richtige
Taktik der freisinnigen Volkspartei schließlich den Erfolg gehabt,
daß bürgerliche Blätter Eugen Nichter und seinen Freund Hermes
als die letzten beiden Ästelen des Freisinn Lontereisen — aber
das erfüllt die Ueberzeugung des genialen Parteitaktikers nicht
im mindesten.

Inzwischen aber ist von Jahr zu Jahr die Volkspartei in
steigendem Maße eine Zutreiberin der äußersten Reaktion geworden,
deren Stärkung doch die Schuld der Socialdemokratie sein soll.
Die politische Verwahrlosung durch eine perverbe Führung hat schließlich
dahin gewirkt, daß die freisinnige Volkspartei eigentlich nur noch den Zweck
hat, dem Junkertum und dem Merkantilismus gegenüber der Social-
demokratie zu Hilfe zu eilen. Bei den letzten Wahlen haben sich sogar
die Nationalliberalen hier und da zuverlässiger gezeigt als die frei-
sinnigen. Einzelnen Nationalliberalen war die antiliberaler Ueber-
zeugung doch ernst genug, um sie zu veranlassen, für die Social-
demokratie zu stimmen, um gegen das Centrum anzulämpfen.

Alle die schönen Redensarten von der liberalen Sammlung und
liberalen Renaissance verschwinden vor den dürren Zahlen der Wahl-
statistik, die zeigen, daß diese „Volkspartei“, trotz aller Gemein-
schaften auf politischem Gebiete, die Socialdemokratie überall, wo sie
konnte, an die Reaktion verkauft hat.

Die nachfolgende Tabelle verdient als ein Denkmal frei-
sinniger Schande Beachtung. Die Ziffern und die Zeichen + und —
hinter den Kreisen bedeuten, daß die Socialdemokratie in der
Hauptwahl dem Stichwahlgegner um die angegebene Ziffer über-
legen (+), oder aber hinter ihm zurückstehend (—) gewesen ist.

Vom Freisinn an Konservative, Antisemiten und Bund der Landwirte
ausgelieferte Wahlkreise.

- 1. Ruppin-Templin — 3100.
Ausschlag: Freis. Volksp. 5121. Gewählt: Konf. mit 4327
Majorität.
2. Ober-Barnim + 378.
Ausschlag: Freis. Volksp. 2904. Gewählt: Konf. mit 1107
Majorität.
3. Potsdam + 2000.
Ausschlag: Freis. Volksp. 5239. Gewählt: Konf. mit 505
Majorität.
4. Rand-Belzig — 250.
Ausschlag: Freis. Volksp. 8803. Gewählt: Konf. mit
1679 Majorität.
5. Landsberg-Soldin — 4400.
Ausschlag: Freis. Vereinigung 4744. Gewählt: Konf. mit
6434 Majorität.

- 6. Rottbus. — 1200.
Ausschlag: Freis. Volksp. 8674. Gewählt: Konf. mit
2011 Majorität.
7. Rastau-Ludau. — 3040.
Ausschlag: Freis. Volksp. 5089. Gewählt: Konf. mit 5550
Majorität.
8. Neckermünde-Usedom. — 1200.
Ausschlag: Freis. Vereinigung 3980. Gewählt: Konf. mit 3067
Majorität.
9. Schweidnitz-Striegan. — 1600.
Ausschlag: Freis. Volksp. 5341. Gewählt: Konf. mit 1656
Majorität.
10. Lüben-Bunzlau. — 700.
Ausschlag: Freis. Volksp. 5233. Gewählt: Konf. mit 3090
Majorität.
11. Jerichow. — 2300.
Ausschlag: Freis. Volksp. 6480. Gewählt: Bismarck mit
4923 Majorität!
12. Liebenwerda-Torgau. — 2271.
Ausschlag: Freis. Volksp. 4960. Gewählt: Konf. mit 2787
Majorität.
13. Delitzsch-Bitterfeld + 1000.
Ausschlag: Freis. Vereinigung 5375. Gewählt: Konf. mit
1271 Majorität.
14. Merseburg — 2500.
Ausschlag: Freis. Volksp. 6641. Gewählt: Konf. mit 5102
Majorität.
15. I. Mecklenburg — 560.
Ausschlag: Freis. Volksp. 4267. Gewählt: Konf. (Rechtlich) mit
1638 Majorität.
16. VI. Mecklenburg. — 680.
Ausschlag: Freis. Volksp. 3058. Gewählt: Konf. mit 2208
Majorität.
17. Mecklenburg-Strelitz. — 1130.
Ausschlag: Freis. Volksp. 4653. Gewählt: Konf. mit
2544 Majorität.
18. Saagen. — 1446.
Ausschlag: Freis. Volksp. 1967. Centrum 1742. Gewählt: Antif.
mit 4145 Majorität.
19. Heilbronn. + 1340.
Ausschlag: Deutsche Volkspartei 5566. Centr. 3809. Natf. 2067.
Gewählt: Bündler mit 1580 Majorität.

Vom Freisinn an Nationalliberale ausgelieferte Wahlkreise.

- 20. Schleswig. + 160.
Ausschlag: Freis. Volksp. 5447. Gewählt: Natf. mit 1626
Majorität.
21. 18. Hannoverscher Kreis. — 500.
Ausschlag: Freis. Volksp. 3524. Welfe 2138. Konf. 1779.
Gewählt: Natf. mit 6054 Majorität.
22. Hanau. + 5068.
Ausschlag: Centrum 4514. Freis. Volksp. 1865. Antif. 517.
Gewählt: Natf. mit 1321 Majorität.
23. Hof. + 3227.
Ausschlag: Freis. Volksp. 3790. Gewählt: Natf. mit 310
Majorität.
24. Gannstatt. — 1441.
Ausschlag: Deutsche Volkspartei 2259. Centr. 608. Gewählt:
Natf. mit 3366 Majorität.
25. Koburg. + 850.
Ausschlag: Freis. Volksp. 3120. Gewählt: Natf. mit 447
Majorität.

Es sind somit 25 Wahlkreise an die Volksparteien von den frei-
sinnigen aller drei Richtungen ausgeliefert worden; die freisinnige
Vereinigung ist in vier Kreisen an diesem trüben Handel
beteiligt, die Süddeutsche Volkspartei in zwei, Heilbronn und
Camstatt. In Heilbronn hat zwar der größere Teil der Demokraten
für uns gestimmt, aber es ging doch eine genügende Anzahl zum
Segner über, um unseren Erfolg zu verhindern.
In diesen 25 Wahlkreisen kommen noch einige, in denen sich
zwar auch ein erheblicher Teil der freisinnigen zu den Parteien des
Brotwunders und der Reaktion schlug, wo aber doch der zum social-

demokratischen Erfolg hinreichende Teil der Wähler diese Politik nicht mitmachen. Hierher gehören außer einigen andern Kreisen:

Burg-Ordnung + 236.

Ausschlag: Freif. Volksp. 2590. Gewählt: Soc. mit 189 Majorität.

Soc. Hauptw. 10 060, Stchw. 11 697.
Konf. 9 824, 11 508.

Borna-Pagan + 1600.

Ausschlag: Freif. Vereinigung 3162. Gewählt Soc. mit 2010 Majorität.

Soc. Hauptw. 10 408, Stchw. 12 698.
Konf. 8 804, 10 678.

Die verhielten sich demgegenüber die Socialdemokraten? Es ist uns gewiß nicht leicht geworden, für den Freisinn in der Stichwahl einzutreten. Und es wäre begreiflich genug gewesen, wenn wir uns diesmal entschlossen hätten, diese kleine aber ohnmächtige Partei wegen ihrer verräterischen Haltung ihrem Schicksal zu überlassen. Gleichwohl übertranden wir uns und traten überall geschlossen für den Freisinn ein.

Die drei freisinnigen Parteien, welche 25 Kreise an die Volksparteien auslieferten, verbanden 15 Mandate der Socialdemokratie, und zwar die Freisinnige Volkspartei 7, die Freisinnige Vereinigung 4, die Deutsche Volkspartei 4. Es sind das die Mandate in Gommern-Greifswald, Grünberg-Freystadt, Sagan-Sprottau (gewählt: Müller-Sagan!), Slogau, Löwenberg (gewählt: Kopsch!), Schweinitz-Bittenberg, Mühlhausen-Langensalza, Tondern-Sulmus, Calw-Ragold, Freudenstadt-Horb, Salingen-Rottweil, Vingen-Alzen, Meiningen, Waldeck, Straßburg-Laub.

Es ist dabei besonders zu beachten, daß das Centrum, das die Richterische Taktik besonders umhüllt, durchweg bei Stichwahlen zwischen Konservativen und Freisinnigen den Vollbrüdern beisprang, wie auch die Nationalliberalen (Meiningen!) lieber einen Antifreisinnigen wie den Freisinnigen unterstützten. Ferner ist zu bemerken, daß noch in weiteren vier Kreisen (nämlich in Rothenburg, Kolberg-Röslin, Norden-Emden, Graalshausen-Mergentheim) die Socialdemokratie geschlossen für den Freisinn eintrat, ohne aber den Sieg herbeiführen zu können.

Es ist begreiflich, daß diese Thatsachen der Socialdemokratie die Lust verkleiden, solcher freisinnigen Bourgeoisie weiterhin das Dasein zu fristen. Ohne Zweifel wächst in der Arbeiterklasse die Meinung, daß die Egoisten einer liberalen Partei gleichgültig werden muß, die in den entscheidenden Momenten, selbst wenn nur Fragen des bürgerlich-liberalen Programms entschieden werden, fast völlig versagt und der Reaktion den Steigbügel hält.

Nun stehen die preussischen Landtagswahlen bevor. Da können unsere Erfahrungen bei der Reichstagswahl nicht ohne Einfluß bleiben. Herr Eugen Richter betreibt bereits wieder seine gemiale Mandatstaktik, er rechnet, wie er durch Hilfe von allen Seiten, von der Socialdemokratie, von den Nationalliberalen, vom Centrum „leidlich abzuheben“ könne. Er betreibt diese Taktik der Unentschlossenheit und mangelt an der „Mittelparteien“, obgleich er ihr das Zusammenschmelzen seiner Reichstags-Mandate verdankt und indem er wiederum die selbstlose Hilfe der Socialdemokratie für selbstverständlich erachtet.

Diese Spekulation auf die Selbstlosigkeit der Socialdemokratie ist aber verfehlt. So sehr die socialdemokratische Beteiligung an den preussischen Wahlen in erster Linie die Erweckung des Volksinteresses an der wichtigen Landesgesetzgebung und den Protest gegen die Ungerechtigkeiten des Wahlsystems bezweckt, so hält unsere Partei doch mit gutem Fug daran fest, daß ihr, der weitläufigsten Partei Preussens, eine Vertretung im Abgeordnetenhaus gebührt. Der bekannte Beschluß unserer preussischen Landeskonferenz bleibt in voller Kraft, wenn auch die Aenderung des Wahlreglements eine andre, seinem Sinn gemäße Ausführung erfordert. Wenn der Freisinn bereit ist, ähnlich wie bei der Reichstagswahl, der Reaktion die Landtags-Wahlkreise zu überliefern, so muß er sich darauf gefaßt machen, daß er selbst, soweit er auf socialdemokratische Hilfe angewiesen ist, aus dem Landtage verschwindet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. August.

Die Wähler gegen das Wahlrecht.

Es ist festzustellen, daß keiner der Unterzeichner des Giesebrecht'schen Circulars den Versuch macht, sich von der Schuld, deren er beklagt ist, zu lösen. Die sämtlichen Kommerzienräte und Großfabrikanten sowie der freikonservativen Abgeordnete Weyerbusch sitzen fest auf der Ueberführung, daß sie ihren Einfluß und ihre Geldmittel aufgewendet haben, um in nächster Zeit einen großen publizistischen Vorstoß gegen das gleiche Wahlrecht zu unternehmen, dessen Ziel sein sollte, die Aenderung des Wahlrechts bis zu Beginn des nächsten Reichstages zur innerpolitischen Hauptfrage anzuwaschen zu lassen. Wenn jetzt eine Anzahl bürgerlicher Blätter unsere Darstellung des Vorgehens jener erklärten Wahlrechtsfeinde als übertrieben ausgeben will, so sind wir vielmehr überzeugt, daß es politisch recht bedeutungsvoll war, in die Vorbereitungen der Wahlrechtswähler hineinzuleuchten. Man braucht die Bemühungen der Giesebrecht'schen Perschnitten, wie wir sofort sagten, nicht zu überschätzen, jedenfalls ist es gut, daß sie gründlich aufgedeckt werden konnten.

Besonders die „Germania“ ist am Werk, der Angelegenheit die Bedeutung abzusprechen, und sie bringt die ansehnliche Leistung zu stande, aus diesem Anlaß sich nicht gegen die Wahlrechts-Gegner, sondern gegen — die Socialdemokratie in schimpfender Enttäuschung zu ergehen. Die „Germania“ spielt sich seit einiger Zeit uns gegenüber als Lehrmeisterin der politischen Sittlichkeit auf, aber sie selbst betreibt die frechste Polemik; sie beginnt ihren Artikel über unsere Veröffentlichung vorgelegt mit der liebenswürdigen Zumutung, es seien Altensätze veröffentlicht, „bezüglich deren Erwerbung der „Vorwärts“ nicht gerade über die Gewissenhaftigkeit des Stehlers und des Fehlers sich erheben kann“. Ohne irgend welchen Beweis und gegen die Wahrheit erhebt die anständige „Germania“ die niedrigsten Beschuldigungen. Weiter erdreistet sich die „Germania“ zu dem Ausruf „Der reine Schwindel!“, weil wir mitgeteilt haben, daß außer dem Abg. Weyerbusch noch andre Abgeordnete hinter dem Unternehmen stehen. Zu einer solchen, von jeder sachlichen Kritik absehbenden, rüden Polemik muß man schon die politische Wohlstandlichkeitschule der „Germania“ abgeleitet haben!

Die „Germania“ meint sodann: Was ist denn großes daran? Man wisse doch längst, daß einzelne Leute in der konservativen und nationalliberalen Partei das Reichstags-Wahlrecht ändern wollen; das seien aber doch nicht die Parteien als solche. Die „Germania“ scheint bereits wieder vergessen zu haben, daß erst kurz vor der Wahl der im Auftrage der konservativen Parteileitung herausgegebene „Matgeber für die Konservativen im Deutschen Reich“ in aller Deutlichkeit und Bestimmtheit sich gegen die Gleichheit und die geheime Stimmabgabe im Reichstags-Wahlrecht aussprach. Es ist aber überhaupt eigenartig, daß die „Germania“ die vorliegenden Thatsachen abzuschwächen versucht, indem sie sich gegen Behauptungen wendet, die wir gar nicht gemacht haben. In derselben Richtung liegt der weitere Versuch

des Centrumsblattes, die Reigungen der Wahlrechtsfeinde zu beschönigen durch cynisch erfundene Anschuldigungen gegen die Socialdemokratie, die durch ihre „mit Lug und Trug, mit Haß und Hege“ betriebene Agitation die Schuld tragen an der Abkehr vom bisherigen Wahlrecht. Die von uns aufgedeckten Bestrebungen der Wahlrechtsfeinde sind für die „Germania“ harmlos, sie entdeckt dafür eine wirkliche Verschönerung: „Die wirkliche Verschönerung gegen das bestehende Reichstags-Wahlrecht geht von der Socialdemokratie aus“. So arbeitet die Centrumspresse mit beweislos ausgestoßenen Schmähungen und leistet eifrig Vorschub den Wahlrechtsfeinden, mit denen sie doch vorgiebt keine Gemeinschaft haben zu wollen.

Uebrigens möge die „Germania“ einsehen, was der „Reichsbote“ und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zu dem Giesebrecht-Circular schreiben. Beide Blätter erklären sich offen für jene Bestrebungen.

Industrie-Möller.

Der preussische Handelsminister Möller nahm an einer Feier der hannoverschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft in Linden bei Hannover teil. Es wurde die Fertigstellung der 4000. Lokomotive und des 5000. Dampfseils gefeiert. Herr Möller hielt eine Ansprache, in der er, gemäß der industriellen Umgebung, in der er sich befindet, sein industrielles Herz fand. Er erinnerte, wie der deutsche Maschinenbau allmählich zur Ebenbürtigkeit mit dem englischen heranzuwuchs, und er führte dann nach dem „Hann. Cour.“ aus:

„Unsre ganze weitere Entwicklung dreht sich darum, daß wir immer an der Spitze bleiben und uns von niemand überflügeln lassen, daß wir die beste Arbeit zu möglichst billigem Preise herstellen, damit wir allen andern Nationen überlegen sind. Wenn wir auf dem Wege fortfahren, wenn nicht bei uns ähnliche Dinge, wie sie sich in England breit gemacht haben, dahin Platz greifen, daß man meinte, Arbeitersparnisse durch Maschinen wären ein Schaden für die Arbeiter, nur dann werden wir wirklich an der Spitze bleiben können. Durch Ersparnis von Arbeit werden manche Hände allerdings nicht mehr gebraucht, aber nur, um mit unsern Händen mehr fertigzustellen und denselben Händen einen sehr viel höheren Lohn zahlen zu können, als er früher möglich war. So, meine Herren, hängt all Ihr Wohl und Wehe davon ab, daß die glückliche Entwicklung, die wir in den letzten Jahrzehnten genossen haben, auch weiterhin ihren Fortgang nehmen möge.“

Weiter betonte der Minister, daß es wünschenswert sei, das Ausland zum Abzug unsrer Industrie offenzuhalten.

Das sind die Wünsche des Handelsministers. Aber die Schutzpolitik, die er selbst mitbetrieben, verlag die Aussicht auf Erfüllung. Herr Möller fordert, daß die deutsche Industrie beste Arbeit zu möglichst billigen Preisen liefere, um an der Spitze der Weltkonkurrenz zu bleiben. Aber derselbe Herr Möller verschlechtert durch Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse die industrielle Arbeitsleistung Deutschlands und zwingt die Industrie durch Verteuerung der Arbeitskraft und der Rohmaterialien zu höheren Preisen für ihre Waren! Herr Möller wünscht auch Offenhaltung des Absatzes in das Ausland. Aber er hat einen Zolltarif mitbetrieben, der die Abperkung der Grenzen und die Einengung des deutschen Industrieabzuges vorbereitet! Ein kurioser Förderer einer „glücklichen Entwicklung“!

Wie man Minister wechselt.

Im Juni 1900 starb Großherzog Peter von Oldenburg, es folgte ihm Friedrich August. Bei seinem Regierungsantritt bot ihm das Ministerium Jansen seine Demission an. Das war nur Formsache, aber zwei Monate später wurde urplötzlich das Ministerium entlassen und ein neues Ministerium Willich wurde berufen. Jetzt veröffentlicht ein oldenburgisches Blatt Aftenstücke, die die Ursachen der plötzlichen Entlassung zeigen und zugleich ein interessantes Dokument für das Verhältnis eines Fürsten zu seinen Ministern bilden.

Die Entlassungen bestehen in einem Telegrammwechsel folgenden Wortlautes. Zunächst ein Telegramm des Großherzogs: „Habe unbegreiflicherweise bis heute noch keinerlei Bericht weder über Lemwerder noch Rabelländerien-Vergrößerung erhalten. Wünsche eiligste Behandlung der Fragen. Friedrich August.“

Darauf erfolgte noch an demselben Tage nachstehende Antwort des Staatsministers Jansen. Die dazu von der Hand des Großherzogs gemachten Randbemerkungen sind in Klammern beigefügt:

Unterthänigstes Promemoria. Die in dem heutigen Telegramm Ew. Königl. Hoheit berührten Angelegenheiten gehören zum Geschäftskreis des Finanzdepartements. Der verantwortliche Ressortminister ist aber abwesend. Sind die beregten Anträge so dringlich, daß die Entscheidung keinen Aufschub gestattet, so wird eine Befreiung der Rückkehr des Ministers Genmann ins Auge gefaßt werden müssen. (Randbemerkung des Großherzogs: „Kaufmännische und Handelsachen sind immer dringlich, wenn es sich um Reuanlagen handelt.“) Ich halte sie in dem Maße dringlich nicht, weil beide Angelegenheiten voraussichtlich nicht ohne Mitwirkung des Landtags erledigt werden können (Randbemerkung: „Dann sind sie doch erst recht dringlich.“) und diese auch aus allgemeinen Gründen nicht so rasch herbeigeführt werden kann, daß nicht für die Instruktion der zu fassenden Entschlüsse ausreichende Zeit bliebe. (Randbemerkung: „Warum nicht?“) Dazu kommt, daß auch wohl das gegenwärtige, in allernächster Zeit zurücktretende Ministerium über an den Landtag zu bringende Anträge nicht mehr wird beschließen können, da dadurch dem demnächstigen, dem Landtage gegenüber verantwortlichen Ministerium in unzulässiger Weise vorgegriffen werden würde. (Randbemerkung: „Ganz richtig!“) Die Sache ist nicht langsam behandelt worden (Randbemerkung: „Hätte aber noch schneller bewerkstelligt werden können!“) und eine Verzögerung, deren Vorwurf in der Fassung des allerhöchsten Telegramms von heute mittag zum Ausdruck zu kommen scheint, hat in dem Kordenshamer Falle so wenig wie in der Lemwerder Sache stattgefunden. (Randbemerkung: „Darüber können die Auffassungen verschieden sein.“) Jansen.

Es folgt von der Hand des Großherzogs eine längere hier nicht interessierende Ausführung über die Wichtigkeit der beiden fraglichen Angelegenheiten. Der Schlusssatz lautet:

„Da aber das jetzige Ministerium seine Demission mit zur Verfügung stellte zu von mir zu bestimmendem Termine, so scheint mir die unumstößliche Folge davon zu sein, daß nunmehr im Interesse des Landes der Wechsel einzutreten hat.“

Es giebt gar lebhaftes Temperament unter den deutschen Fürsten.

Wiederum ungeheuerliche Soldatenmißhandlungen?

Aus Reg wird der „Frankf. Ztg.“ vom 30. Juli berichtet: Vor einiger Zeit lief eine kurze Notiz durch die reichsständischen Blätter: Der Musketier Kruse vom 17. Infanterie-Regiment in Würzburg hat sich durch einen Schuß tötet. Ursache: wahrscheinlich Schwermut. Also die berühmte Verlegenheitsdiagnose, auf welche die Alten gewöhnlich geschloffen werden. Das wäre vielleicht auch hier geschehen. Aber kurze Zeit nach dem Selbstmord erhielt der zuständige Hauptmann der 4. Compagnie des genannten Regiments einen anonymen Brief, in dem der Unteroffizier Dunkel beschuldigt wurde, die verzweifelte That durch die Behandlungsweise, die er dem Kruse angedeihen ließ, verursacht zu haben. Der Berichtsherr der 33. Division beauftragte nunmehr das Kriegsgericht mit der Untersuchung des Falles, und das Ergebnis war eine doppelte Anklage; erstens gegen den Unteroffizier Freig Dunkel, 27 Jahre alt, aus Ostpreußen, wegen Mißhandlung von Untergebenen in Verbindung mit schweren Beleidigungen, unvorschriftsmäßigem Gebrauch

der Waffe, Mißbrauch der Dienstgewalt etc. in zusammen nicht weniger als 576 Fällen, die alle in der Zeit vom Dezember vorigen Jahres bis Juli dieses Jahres lagen. Im Zusammenhang hiermit, aber in gesonderter Verhandlung wurde gegen den Lieutenant Stahl aus Kiel von derselben Compagnie Anklage aus § 147 des Militärstrafgesetzbuchs — Richterstattung einer ihm obliegenden dienstlichen Meldung — erhoben.

Zur ersten Verhandlung erschienen 62 Zeugen, zur Verhandlung gegen den Lieutenant nur drei Musketiere und der angeklagte Dunkel (letzterer als Entlastungszeuge, blieb aber unbereidigt). Dunkel, der zwar schon sechsmal vorbestraft ist, darunter einmal, weil er einen Soldaten durch einen andern „abwaschen“ ließ, brachte von seinen früheren Vorgesetzten in Ostpreußen den noch ein geradezu brillantes Zeugnis über seine hervorragenden militärischen Talente mit zur Kapitulaton beim 18. Armeecorps. Er mußte auch hier das ganze Vertrauen seiner Vorgesetzten dauernd und uneingeschränkt genossen haben und wenig oder gar nicht beaufschlagt worden sein; denn sonst konnte er doch unmöglich seine gewohnheitsmäßigen Brutalitäten begehen.

Die Beweiserhebungen mit den Zeugen ergab folgendes: Dunkel erhielt die Rekrutenausbildung anvertraut — unter Aufsicht des Lieutenants Stahl — und hatte nun tagtäglich sämtliche Rekruten, von denen viele als Polen der deutschen Sprache noch gar nicht mächtig waren, einfach malträtiert, d. h. mit Ausnahme des Rekruten, der die Ehre hatte, sich Herrn Dunfels „Füger“ nennen zu dürfen. Nur durch lauges Zureden sind manche der Zeugen zu bewegen, offene Aussagen zu machen. Aus Furcht vor dem eigenartigen „Stellvertreter Gottes auf Erden“ haben sie alles schweigend ertragen, ohne je Meldung zu erstatten, und auch Kruse hatte es vorgezogen, sich schweigend aus der schönsten aller militärischen Belten zu drücken. Deshalb kommen die gegen ihn begangenen Thaten nur unvollkommen ans Licht. Ohrfeigen über Ohrfeigen war die gelindeste, aber sehr reichliche Tageskost. Daneben wurden erwiefen: Stöße und Fußtritte gegen Gesicht und Unterleib, Hiebe mit flacher Klinge und mit der Scheide, wozu die Betroffenen sich über den Schemel legen oder „Rumpf vorwärts beugt“ machen mußten. Nach absolvirtem Straßrapport schickte Dunkel den Kruse ein mehr als 20mal hintereinander mit feldmarchmäßiger Ausrüstung die Kasernenstufen hinauf und hinunter. Musketier Riedede bekam mindestens 60 Ohrfeigen und wurde ebenso oft gestochen, getreten und gekniffen. Einst riß ihm Dunkel ein kleines Loch an der Schuhsohle so weit auf, daß er fünf Kieselsteine hineinstecken konnte, und so mußte er 125 Meter weit marschieren. In der Instruktion wurde bestraft Dunkel die „Schwachen“ damit, daß sie den Schemel verkehrt auf den Boden legen und sich auf den spitzen Schemelfuß setzen mußten. Einer mußte auf Befehl mehrere Male mit dem Kopf gegen das Spind rennen. Einem andern schlug Dunkel die Zähne blutig, und als der Mann das Blut ausspuckte, schrie ihn Dunkel an: „Was, das Schwein spuckt auch noch!“ Ein andrer wieder mußte flüchtige Gewehrschüsse zwischen die Lippen nehmen und das Pistolenfaß markieren. War aber Dunkel mit der ganzen Mannschaft unzufrieden, hieß es Marsch, Marsch, unter die Betten kriechen. So gehen die Zeugenaussagen stundenlang fort. Dunfels Erfindergeist war unerschöpflich in Niedertrötung jeglicher Spur von menschlicher Würde bei den unglücklichen Rekruten.

Vor Gericht leugnete er frischweg alles ab und beantragte vor allem, daß sein brillantes Führungszeugnis aus Ostpreußen verlesen würde. Wohl gab er endlich zu, hin und wieder einmal einen „leichten Anfaß“ zu haben. Aber alles andre sind „freche Lügen“, für welchen Ausdruck er sich eine Zurechtweisung vom Verhandlungsführenden zuzieht. Sind auch für viele der Anklagepunkte bündige Beweise nicht mehr zu erbringen, so gewinnt doch das Gericht die Ueberzeugung, daß er sich in mindestens 366 Fällen schuldig gemacht hat, und er wird deswegen zur Degradation und zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Nur kam Lieutenant Stahl an die Reihe. Er hatte beim Rekrutenenergieren im Dezember bemerkt, daß ein Musketier die Säbelloppel nicht ganz richtig umgeschlallt hatte, und zeigte das dem Unteroffizier Dunkel. Er wendet sich darauf hinweg, und Dunkel giebt nun dem Bemängelten ein paar kräftige Ohrfeigen. Wie zwei Zeugen bestätigen, muß der Lieutenant die Mißhandlung bemerkt haben; denn er drehte sich sofort um und rief: „Unteroffizier Dunkel, ich will so etwas nicht wieder sehen.“ Der Lieutenant behauptet vor Gericht, von der Mißhandlung nichts bemerkt zu haben, weshalb er auch keine Meldung machen konnte. Der angeblich Mißhandelte sei auch fast „unzurechnungsfähig“, auf seine Aussage sei nichts zu geben. Trotz dieser eigenartigen Zeugenaussagen, bei der ihm sein Verteidiger, ein Hauptmann, gleichmäßig sekundiert, wird Stahl im Sinne des § 147 zu einer Woche Stubenarrest verurteilt. Er ist übrigens schon im Januar einmal wegen Mißhandlung eines Soldaten zu acht Tagen Stubenarrest verurteilt worden.

Mit einer Revision der Submissionsbedingungen für staatliche Arbeiten beschäftigt sich die preussische Regierung. Sie hat einen neuen Entwurf zu „Allgemeinen Bestimmungen betreffend die Vergütung von Staatsbauten, Leistungen und Lieferungen“ ausgearbeitet und den Unternehmer-Vereinigungen zur Begutachtung vorgelegt. Aus einem daraufhin von der Berliner Handelskammer erstatteten Gutachten, das in der Presse besprochen wird, erfährt man etwas über den Inhalt dieses Entwurfs. Für Arbeiter interessant ist daran wesentlich das, was nicht drin steht: nämlich Vorschritten über Arbeitszeit und Arbeitslohn der Arbeiter. Benigntens gebührt das Gutachten der Berliner Handelskammer seiner solchen Vorkrist. Die Schleuderkonkurrenz soll allerdings wie schon in den bisherigen Bestimmungen ausgeschlossen werden durch die Vorschrift, daß solche Angebote unberücksichtigt bleiben sollen, die eine in offenbarem Mißverhältnis zu der Leistung oder Lieferung stehende Preisforderung enthalten, so daß nach dem geforderten Preise an und für sich eine tüchtige Ausführung nicht erwartet werden kann. Dazu gehört aber auch, daß die verborgene Verwaltung sich der ordentlichen Bezahlung der Arbeiter bei einer Höchstgrenze der Arbeitszeit versichert. Das garantiert ihr erst eine ordentliche Ausführung der Arbeiten. Schließlich hat eine Staatsregierung aber auch socialpolitische Aufgaben und gerade als großer Auftraggeber kann sie diese praktisch betätigen und deshalb müßte sie auch in den Submissionsbedingungen neben Arbeitslohn und Arbeitszeit die Beobachtung aller gesetzlichen Arbeiterschutzvorschriften den Unternehmern zur strengsten Pflicht machen. Wenn die Regierung, wie es sich gehörte, neben den Unternehmervereinigungen auch die Arbeitergewerkschaften zur Begutachtung der neuen Submissionsvorschriften herangezogen hätte, dann hätten ihr die Arbeiter das selber gesagt. Und so gut wie bei Streitigkeiten zwischen der auftraggebenden Behörde und dem Unternehmer ein Schiedsgericht eingesetzt wird, so müßten auch, sobald die Arbeiterverhältnisse in diesem Streit eine Rolle spielen, die Arbeiter zu einem solchen Schiedsgericht herangezogen werden. Fordert doch die Berliner Handelskammer die Einfügung der Streiklausel in die allgemeinen Bestimmungen. Sie thut das allerdings in folgender Einschränkung:

„Wenn wir den Antrag stellen, daß die Staatsverwaltung bei Durchführung der Verdingungsverträge auf die Notlage, in die Lieferanten durch Ausstände gebracht werden können, Rücksicht

nehme, so müssen wir dabei betonen, daß wir selbstverständlich diese Forderung nur in dem Umfange vertreten, in welchem sie durch Recht und Billigkeit begründet erscheint. Wir nehmen das Entgegenkommen der Staatsverwaltung für die Lieferanten nur so weit in Anspruch, als diese ohne Verschulden in den Ausnahmefällen hineingezogen worden sind."

Gerade wenn man solche Einschränkung macht, ist es erst recht nötig, die Arbeiter zur Entscheidung mit heranzuziehen, auf welcher Seite Recht und Billigkeit zu finden sind. Für Leute, die immer von socialen Frieden reden, bietet sich hier eine Gelegenheit, dem socialen Frieden in zahlreichen Fällen den Weg zu ebnen, indem sie für eine Berücksichtigung der beteiligten Arbeiter bei Vergabung staatlicher Arbeiten eintreten. —

Preße und Sternberg-Geld! Die „Welt am Montag“ teilt einen weiteren Fall mit, in dem Leute der Feder durch höchst trübe Beziehungen sich Geld verschafft haben. Der Verfasser der Mitteilung schreibt: „Wie ich erfahre, hat s. H. der Schriftsteller Klub, eine jetzt in der Potsdamer Straße, früher in der Mauerstraße im Reichshaus domizillierte Vereinigung, bei der Vermögensverwaltung des Bankiers August Sternberg gegen Wechselunterlage ein Darlehen in Höhe von 5000 Mark aufgenommen. Es würde nicht ohne Interesse sein, wenn der Vorstand dieser Vereinigung Auskunft darüber geben wollte, ob diese Summe bereits zurückerstattet worden ist, und warum man sich in der durch schlimmste Mißwirtschaft herbeigeführten Verlegenheit gerade an die Sternberg'sche Vermögensverwaltung gewandt hat.“

Eine Urteilskorrektur.

Im Dezember vorigen Jahres wurde unser Genosse Däumig in Halle, Redakteur des „Volksblattes“, wegen Beleidigung zu der außerordentlich harten Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt. Durch Vermittlung eines Gewährsmannes, der als zuverlässig bekannt war, war ihm die Nachricht zugegangen, daß der Arbeiter-Pöbel mit einer Geldsumme durchgebrannt wäre, die zu einem Jubiläumsgeschenk für einen Werkführer in der Fabrik gesammelt worden war. Die Nachricht erwies sich als böswillige Erfindung zweier Kollegen des Pöbeling. Däumig that alles, was in seinen Kräften stand, die verlorene Ehre des Angegriffenen wiederherzustellen; insbesondere widerrief er die beleidigende Mitteilung sofort in aller Form in seinem Blatte. Trotzdem dieser Sachverhalt vor Gericht unzweifelhaft klargestellt wurde, erkannte das Gericht, indem es über den Antrag des Staatsanwalts noch hinausging, auf die unerhörte Strafe von einem Jahr Gefängnis. Das Urteil rief begreifliches Aufsehen und berechtigte Kritik in der Presse hervor und jetzt hat es auch seine Kritik an Gerichtsstelle gefunden.

Wir konnten schon vor einiger Zeit melden, daß Genosse Däumig die Wiederaufnahme des Verfahrens erreicht hatte. Am Montag verhandelte das Landgericht erneut in der Sache. Wie uns ein Privat-Telegramm meldet, wurde das erste Urteil aufgehoben und Däumig zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Das ist zwar immer noch eine reichliche Sühne, wenn man sich gegenwärtig, wie oft z. B. völlig unschuldige Leute von Polizeibeamten in rücksichtslosster Weise als Verbrecher behandelt werden, ohne daß den Beamten etwas Besonderes geschieht, aber es ist gegenüber dem ersten Urteil immerhin eine erfreuliche Korrektur. —

Als **Expreser gebrandmarkt** wurde, abermals ein ehrlicher Arbeiter von einem Dresdener Gericht, weil er in berechtigter Ausübung des Koalitionsrechtes gehandelt hat. Nach dem Bericht der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ hatte der Geschäftsführer der Dresdener Filiale des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter, Robst, mit dem Petroleumhändler Wünschel wegen eines Ausstandes der Kutischer verhandelt. Die Kutischer hatten die Arbeit niedergelegt und Robst wollte die Differenzen beizulegen versuchen. Dabei soll er nach dem Zeugnis Wünschels und seines Geschäftsfreundens gesagt haben: „Wenn Sie die Forderungen der Kutischer nicht erfüllen, werde ich Sie durch die Zeitung bekannt machen. Sie werden ja sehen, wer dann noch Petroleum bei Ihnen kauft.“ Robst behauptet, gesagt zu haben: „Wenn Sie die Forderungen der Kutischer nicht erfüllen, sehe ich mich gezwungen, diese Angelegenheit in der Zeitung zu veröffentlichen.“ Der Zeuge Wünschel sowie dessen Geschäftsfreund erklären aber, die Äußerung sei in ersterem Sinne gefallen, doch müssen sie zugeben, daß Robst zunächst in höflicher Weise seine Sache vertreten habe. Man sei erst nachher etwas lebhafter geworden. Besonders Herr Wünschel sei etwas erregt gewesen.

Das Dresdener Landgericht verurteilte Robst wegen Expresung zu 8 Tagen Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß zwar das Vorgehen des Angeklagten an sich berechtigt gewesen sei. Da aber Wünschel auf die Bemühungen des Angeklagten, die Differenzen beizulegen, damit geantwortet habe, daß er nichts mehr mit der ganzen Sache zu thun haben wolle — er habe ausdrücklich zu Robst gesagt: „Nehmen Sie Ihre Kutischer ruhig mit; ich bekomme andre“ —, so sei damit die Mission des Angeklagten erfüllt gewesen und er hätte sich ruhig entfernen müssen. Statt dessen habe er noch länger verweilt und habe weiter versucht, durch die Drohung mit der Zeitung Wünschel umzustimmen. Hierin sei der Thatbestand der versuchten Expresung zu erblicken.

Diese seit einigen Jahren beliebte Rechtsprechung mag einem Zustande der Sklaverei angepaßt sein, den Grundsätzen des freien Arbeitsvertrages und des Koalitionsrechtes widerspricht sie aber in jeder Hinsicht. Sie ist unter der Herrschaft des Koalitionsrechtes materiell ganz erfolglos, denn mag die Verurteilung Robsts schließlich gelaufen haben wie sie will, so wird er das nächste Mal keine solche oder ähnliche Verurteilung thun, das Verhalten des Unternehmers aber trotzdem rechtmäßigerweise der Öffentlichkeit unterbreiten und der Erfolg ist der gleiche als wenn er es ihm vorher angekündigt hätte, es ist höchstens infomeren ein Unterschied, als bei der vorherigen Ankündigung der Unternehmer die Möglichkeit hat, sich noch zu bestimmen und der öffentlichen Bekanntmachung seines Verhaltens zu entgehen. Der juristische Konsens liegt in der Konstruktion der Rechtswidrigkeit einer Lohnforderung. Würde man wohl einen Unternehmer wegen Expresung verurteilen, der beispielsweise die Arbeiter unter der Androhung, sie auf eine schwarze Liste zu setzen, zu Überstunden oder zum Willigerarbeiten zwingt?

Bei den Arbeitern wird durch solche Rechtsprechung das Gefühl nur immer stärker, daß wir zweierlei Recht haben, daß unser Strafrecht den Millionen Arbeitern das unfreundliche, den wenigen Kapitalisten aber das freundliche Gesicht zeigt.

Zur Illustration des preussischen Kommunal-Wahlrechts, der Kapitalmacht beim Dreiklassen-Wahlrecht, liefern die Veränderungen, die der Tod Krupp's und eines andern Kapitalmagnaten in Essen in der zahlreichsten Gliederung der drei Wählerklassen herbeiführen, wiederum ein höchst erbauliches Beispiel, das in seiner Gegenwärtigkeit kaum Vorgänger haben dürfte. Nach bisherigen Berechnungen werden sich nämlich folgende Veränderungen ergeben: während in der eigentlichen Stadt Essen in der ersten Wählerklasse bisher ganze fünf Millionen wählten, werden in ihr bei der nächsten Wahl 600 wählen, in der zweiten Wählerklasse wählten bisher 552, demnach dafür nicht weniger als 6000; für das Steigen der ersten und zweiten Abteilung sinkt natürlich die dritte Wählerklasse und zwar von 13 204 Köpfen auf circa 12 000. Es ist durch diese Verschiebung nicht ausgeschlossen, daß die Stadtverordneten-Versammlung Essens ein wesentlich anderes Gesicht wie bisher bekommt, wo in ihr fast nur Leute saßen, die von Krupp unterhalten wurden; weit wertvoller aber ist, wie hier wieder gezeigt wird, daß der Tod auch nur ein oder zwei Kapitalmagnaten dank des elendlichen aller Wahlsysteme ganze Machtverhältnisse geradezu revolutionieren kann. —

Nationalliberaler Wahlprotest. Im Wahlkreise Dittweiler-St. Wendel-Weissenheim, wo der Centrumskandidat nur mit 88 Stimmen Mehrheit über den nationalliberalen Kandidaten

siegte, ist der „Kath. Korresp.“ zufolge Wahlprotest erhoben worden, weil festgestellt wurde, daß u. a. über 100 Leute zu Unrecht wählten, da sie entweder das wahlfähige Alter nicht besaßen oder Armenunterstützung erhielten. —

Zur Präsidiums-Angelegenheit.

Genosse Bernstein veröffentlicht in der Breslauer „Vollmacht“ eine längere Erwiderung gegen Bebel's Erklärung und sonstige Angriffe, die ihm infolge der Aufwerfung der Präsidiumsfrage widerfahren sind. In der Sache selbst bringt Bernstein nichts wesentlich Neues zu seinen früheren Ausführungen in den „Soz. Monatsh.“; wir können von der Wiedergabe dieser Darlegungen umso mehr absehen, da sie sich mit den volkmar'schen Ausführungen, die wir ausführlicher mitteilten, in Grunde decken. Im übrigen wendet sich Bernstein gegen die von Bebel in der „Neuen Zeit“ aufgestellte Behauptung, daß seine Behauptungen den Jubel der Gegner hervorgerufen hätten. Es sei richtig, daß ein paar liberale Blätter seine Ausführungen in ihrer Weise auszuschlachten versucht haben, aber diese Blätter vertreten nur einen kleinen und meistens den am wenigsten bösartigen Teil unserer Gegner; die Organe der erbitterten Gegner, wie die „Kreuztg.“, „Post“ und „Germania“ bis zur „Freis. Ztg.“ Eugen Richters hätten nichts weniger als Jubelstürmen angestimmt, sondern ihrem Kerger Ausdruck gegeben. Der Jörn Bebel's sei unverständlich. Da Bebel sich wohl selbst sage, daß zu dieser Erregung kein Anlaß vorlag, so verzichte er darauf, das Thema vom „Wahlen um die Gunst der Gegner“ zu erörtern; der Vorwurf treffe ihn ganz und gar nicht.

Unsere Parteipresse hat nach Volkmar's Rede nochmals Stellung zu der Angelegenheit genommen. Die weitest große Zahl der Blätter lehnt entschieden ab, eine Präsidienstelle gegen die Bereitwilligkeit hiesiger Besuche zu erwerben. Auch von den bayrischen Blättern erklärt sich das Münchener und das Augsburger Blatt dagegen. Dabei wird die ablehnende Haltung verschiedenartig begründet; ein Teil der Blätter ist in jedem Fall gegen Fürstenbesuche, ein anderer Teil hält unter den gegenwärtigen Umständen und gegenüber einem Monarchen, der wie Wilhelm II. unsere Partei auf das allerheftigste angegriffen, solche Besuche für ausgeschlossen. Auch unser vortreffliches Wiener Bruderorgan, die „Arbeiter-Zeitung“, behandelt diese Frage der deutschen Socialdemokratie. Sie beurteilt sie völlig in derselben Auffassung, die der „Vorwärts“ dazu eingenommen hat. Ihr Standpunkt ist schon durch das Wort gekennzeichnet: „Recht viel überflüssigen Lärm macht ein wenig bedeutender Specialfall, der gegenwärtig die deutschen Genossen und noch weit mehr ihre Gegner beschäftigt.“ Die „Arb.-Ztg.“ schließt ihre Betrachtung also:

„Die Tagesordnung des Dresdener Parteitages enthält bisher ausschließlich die Erledigung der laufenden geschäftlichen und organisatorischen Dinge. Aber schon Bebel hat es angekündigt und der „Vorwärts“ hat die Anregung in aller Form gegeben, daß man in Dresden darüber sprechen muß, was für die Partei aus ihrem Siege folgt. Dabei aber wird die Präsidienfrage gewiß nicht die erste Rolle spielen, die vor viel wichtigeren Fragen zurücktreten dürfte. Zum Beispiel ist es ungleich wichtiger, zu erörtern, wie die so stark gewordene Fraktion das Recht und die Möglichkeit der parlamentarischen Initiative zu Gunsten eines Fortschrittes, vor allem auf dem Gebiete des Arbeiterhauses, geltend machen kann. Jedenfalls dürfen wir hoffen, daß die deutsche Socialdemokratie die neue Macht auszubilden wissen wird, ohne der alten Grundrichtung ihres Handelns untreu zu werden.“

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Bestechungsaffäre spitzt sich zu einem Riesensandal zu. Nach den Aussagen verschiedener Journalisten und Parlamentarier vor der eingeleiteten Untersuchungskommission ist kaum noch zweifelhaft, daß der Ministerpräsident Khuen-Edenbary nicht nur um die Bestechungsversuche gekümmert, sondern sie selbst veranlaßt hat. Besonders belastend für ihn waren am Sonnabend die Aussagen des Abgeordneten Polonji und des Abgeordneten und Chefredakteurs Vessi. Polonji erklärte:

Als ich heute vormittags wegging, teilte mir mein Bureauchef mit, daß mich ein Herr dringend zu sprechen wünsche. Ich erfuhr, daß das ein Herr Stolle sei. Da ich in dieser Angelegenheit mit niemand unter vier Augen verkehrte, beauftragte ich den Bureauchef, im Nebenzimmer zu lauschen. Der Herr stellte sich als ein gewisser Rudolf Stolle, Handelsagent, Kerepeserstraße Nr. 65 wohnend, vor und erzählte folgenden Sachverhalt: In der Bestechungsangelegenheit war Deak der Compagnon des Dienes. Der ganze Bestechungsplan wurde von Deak entworfen. Beide haben darauf den ganzen Plan dem Ministerpräsidenten in seiner Wohnung mitgeteilt. Dort erhielten sie kein positives Versprechen, wurden aber auch nicht abgewiesen. Einige Tage später erschien ein Herr bei ihnen und sagte ihnen, sie möchten nicht mehr zum Grafen Khuen geben, sondern zum Grafen Szapary. Als Dienes schlüpfen mußte, habe er im Parlamentsgebäude von einem Herrn, der jedoch nicht Szapary war, das Geld zur Hand erhalten, und zwar 100 000 Kronen.

Nach gravierender sind die Aussagen Vessi's, des Chefredakteurs des „Budapesti Naplo“. Er meldet zwei Bestechungsfälle an. Vor zwei Wochen sei ein gewisser Ludwig Gartenstein aus Munkacs bei ihm erschienen, der ihm von einem Abgeordneten als vertrauenswürdig empfohlen worden sei. Gartenstein erzählte ihm folgendes: Der Obergepaln des Betreger Komitats, Viktor Habara, und ein anderer Herr, der zur unmittelbaren Umgebung des Ministerpräsidenten gehört, hatten ihn gefragt, wie man den „Budapesti Naplo“ beeinflussen könne, wenn nicht anders, so werde man Aktien des Blattes bis zum Betrage von 100 000 Gulden kaufen. Gartenstein erzählte mir, die beiden Herren hätten ihm gesagt, der Ministerpräsident sei sehr unangenehm berührt durch die Haltung des Blattes. Der Ministerpräsident habe sogar die Absicht geäußert, mich persönlich zu besuchen. Gartenstein meinte, es genüge, wenn wir die Angriffe mäßigen. Er stellte mir 8000 Annoncen und den Ankauf von Aktien im Betrage von 100 000 Gulden in Aussicht.

Den andern Fall schilderte Vessi folgendermaßen: Am 30. Juli erhielt ich einen anonymen Brief, worin mir mitgeteilt wird, daß man alle gegen mich bestehenden Forderungen aufkaufe, angeblich im Auftrag des Grafen Johann Zichy. Ich erfuhr dann, daß der Advokat Dr. Nag David gegen mich die Exekution auf einen fälligen Wechsel verlangt habe. Dieser teilte mir mit, ein Mann Namens Konstantin Vallo sei zu ihm gekommen, der ihn ersuchte, eine fällige Forderung gegen mich anzukaufen, da er den politischen Auftrag habe, solche Forderungen anzukaufen.

Eine gewisse Bestätigung erhalten diese Aussagen dadurch, daß Graf Khuen-Edenbary, nachdem er noch kürzlich im Parlament erklärt hatte, vor der Untersuchungskommission auszusagen zu wollen, jetzt sein Wort zurücknimmt und sich weigert, vor der Kommission zu erscheinen. Trotz aller Zähigkeit, mit der sich an sein Amt klammert, wird ihm deshalb schließlich doch nichts übrig bleiben, als zu demissionieren. —

Protest der Budapestener Socialisten gegen die Bestechungs-Versuche Graf Khuens. Die Socialisten hielten gestern in Pest einen Proteststurm und eine Versammlung ab, in welcher wegen der Bestechungsangelegenheit Parlament und Regierung scharf angegriffen wurden. In der Versammlung wurde der Beschluß gefaßt, namens der socialistischen Parteileitung vor der parlamentarischen Untersuchungskommission die Angabe zu machen, daß an den Unterhandlungen zwischen dem Grafen Szapary und den Führern der Socialisten auch der Stellvertreter des Gouverneurs, Ministerialrat Gaal von Haban teilgenommen habe. —

Budapest, 3. August. Die parlamentarische Untersuchungskommission beschloß, die Grafen Alexander Teleki und Michael Karolyi, sowie den Journalisten Rabay, den Sekretär Szapary's und mehrere socialistische Führer zu vernehmen. Redakteur Arthur Singer erklärte, daß er niemals mit jemand im Rationalkasino über die Bestechung konferiert habe, er sei fest überzeugt, daß der Ministerpräsident Graf Khuen der ganzen Sache fernstehe. —

Frankreich.

Antiklerikale Kundgebung. Vor dem Denkmal Etienne Dolet's veranstalteten heute Freidenker-Vereine eine Kundgebung. Sie versammelten sich vor dem Stadthaus und zogen, die Internationale singend, nach dem Mauerer-Platz. Auf dem ganzen Wege hatten sich zahlreiche Zuschauer angeammelt, doch ereignete sich kein Zwischenfall. An die Kundgebung vor dem Standbild Dolet's schlossen sich zwei öffentliche Versammlungen an, in denen socialistische Redner die Trennung von Staat und Kirche forderten. Nach Schluß der Versammlungen kam es zu einigen Stockschlägereien zwischen Freidenkern und ihren Gegnern, jedoch zu keiner ernstlichen Außerung.

Eine große socialistische Versammlung fand am Sonnabend in Bordeaux statt. Als Redner traten die Abgg. Dejeante, Constans und Jules Guesde auf. Letzterer entwarf ein Bild des revolutionären Socialismus. Am Schluß seiner Rede richtete er heftige Vorwürfe gegen diejenigen Socialisten, welche sich kompromittiert hätten, indem sie einen Ministerposten oder einen Vice-präsidenten übernahmen. Dieser letztere Teil der Rede wurde mit lauten Kundgebungen begleitet. Zahlreiche Anwesende brachten Hochrufe auf Jaurès und Millerand, welche mit dieser Anspielung gemeint waren, aus, andre wieder auf Guesde. Es dauerte geraume Zeit, ehe die Ruhe wieder hergestellt werden konnte. —

Bei der gestrigen Nachwahl zur Deputiertenkammer in Vincennes wurde der Nationalist Hémard mit 6728 Stimmen gewählt; der Republikaner Deloncle erhielt 6541 Stimmen. —

England.

Handelsverträge und Zollverein.

London, 1. Aug. (Fig. Bericht.) Die Brüsseler Juckerconvention, deren Annahme durch das britische Parlament jetzt zweifellos ist, und der englisch-perfische Handelsvertrag, der um die Mitte des verflohenen Monats in London veröffentlicht wurde, haben dies mit einander gemein, daß sie durch Nachkorrekturen den Gedanken des britischen Zollvereins eingeschaltet erhielten. Bekanntlich machte die englische Regierung bei Ueberreichung der Vertragsratifikation folgenden Vorbehalt: „Großbritannien erklärt es für unumgänglich notwendig, zu konstatieren, daß die Regierung in keinem Falle einer Verpflichtung zustimmen wird, Prämienszucker mit Strafzöllen zu belegen, der aus den freien britischen Kolonien nach England eingeführt werden sollte.“ Dieser Vorbehalt setzt bereits den Gedanken eines britischen Zollvereins voraus. Nach der Opposition zu urteilen, welche die zweite Lesung der Konventionsvorlage diese Woche im Unterhause gefunden hat, wäre es für die Regierung noch viel schwieriger gewesen, die Zustimmung des Unterhauses zu erhalten, wenn der Zollvereins-Vorbehalt von den Vertragsmächten abgelehnt worden wäre.

Ebenso enthält der kürzlich abgeschlossene Handelsvertrag mit Persien folgenden Artikel: „Britische Unterthanen und britische Einfuhr nach Persien, ebenso wie persische Unterthanen und persische Einfuhr nach dem britischen Reich sollen unter allen Bedingungen die Meistbegünstigung genießen. Hat jedoch eine britische Kolonie einen besonderen Zolltarif, der der persischen Einfuhr die Meistbegünstigung nicht gewährt, so hat sie auch kein Recht, die Meistbegünstigung von Persien zu fordern.“ Wie man sieht, paßt dieser Fall ganz auf das Verhältnis zwischen Kanada und Deutschland. Diese Annahme dürfte um so wahrscheinlicher sein, als ein Belgier als Vertreter Persiens den Vertrag mit England abgeschlossen hat.

Der erste, der auf diesen Widerspruch zwischen britischem Zollverein und fiskalischer Unabhängigkeit der Kolonien die Aufmerksamkeit lenkte, war der Redakteur des „Economist“ (18. Juli), dann sprach Campbell-Bannerman darüber in der Sitzung des Unterhauses vom 23. Juli, worauf Lord Cranborne, der Unterstaatssekretär des Reichs erklärte, er habe sich mit der persischen Regierung darüber dahin verständigt, daß ein Vorzugstarif zwischen den Kolonien und dem Mutterlande keine Verletzung des Vertrages bedeute. Am 24. Juli wurde aber der Verkauf der Kopien des Vertrags von Eyre u. Spottiswood (Regierungsdruckerei) eingestellt, um eine korrigierte Ausgabe herzustellen zu können.

Diese Vorgänge sind für England äußerst charakteristisch. Der moderne Engländer denkt seine Politik nicht konsequent durch, wie er überhaupt nie systematisch denkt. So lange er es mit allen, wohl eingebürgerten Gedanken zu thun hat, springt seine Inkonsistenz nicht so klar ins Auge. Ist aber ein Gedanke erst im Werden begriffen, so machen sich Nachkorrekturen nötig. Diese Verbesserungen, die doch Eingeständnisse von begangenen Irrthümern sind, werden von Engländern wohl vorgenommen, wenn es sich um greifbare Interessen der herrschenden Klasse handelt. Wie aber, wenn es sich um einen Gedanken handelt, dessen Verwirklichung den herrschenden Klassen ungünstig ist? In einem solchen Fall ist wieder auf Anerkennung noch auf Verbesserung zu rechnen. Und damit meinen wir den socialistischen Gedanken, dessen Schicksal in England unsren Lesern bekannt sein dürfte. —

Türkei.

Zur Lage in Mazedonien. Mitteilungen der Pforte an die Botschafter Oesterreich-Ungarns und Russlands besagen, daß eine Bande das Dorf Capari bei Monastir überfallen und 10 Einwohner ermordet habe, weil diese bei dem Wandenlauf am 14. Juni den türkischen Truppen Hilfe geleistet hätten. Einige Wandenführer hätten die bulgarische Bevölkerung in Wilajet Monastir aufgefordert, sie solle die Steuern verweigern, Massenbeschwerden über die türkischen Truppen vorbringen und deren Zurückziehung verlangen. Der Wali von Monastir unternahme demnach eine Reise, um die Bevölkerung zu beruhigen. Die Reise des Generalinspektors Hilmi Pascha sei erfolgreich gewesen; er befinde sich zur Zeit in Kotschana. Aus seinen Berichten gehe hervor, daß auf Grund der Berichte des österreichisch-ungarischen und des russischen Konsuls eine strenge Untersuchung geführt werde. Viele Anlagen seien jedoch durch Verführung der Konsuln erhoben worden oder hätten sich als übertrieben erwiesen. Ausschreitungen größeren Maßstabes seien nicht vorgekommen, sondern nur vereinzelte Fälle. Der Generalinspektor sei bemüht, durch Ermahnungen die Gemüter zu beruhigen und habe auch viele örtliche Streitigkeiten zwischen Mohammedanern und Christen geordnet. —

Asien.

Chinesische Majestätsbeleidiger.

London, 1. August. In Shanghai spielt sich gegenwärtig ein interessanter Majestätsbeleidigungsprozeß ab. Sechs chinesische Schriftsteller, die zur Reformbewegung gehören und die öffentliche Meinung aufrütteln wollen, haben vor einiger Zeit Pamphlete veröffentlicht, in denen sie die herrschende Mißwirtschaft geißelten. Der kaiserliche Hof in Peking, der sich trotz aller Anleihen der letzten Jahre noch immer für unfehlbar hält, fühlte sich beleidigt und ließ die Majestätsbeleidiger verhaften. In Shanghai sind aber die Vertreter der europäischen Mächte die eigentlichen Agenten. Die chinesischen Pamphletisten, die China europaisieren wollen, stellten sich unter den Schutz des Auslandes, von dem sie ein mildes Urteil erwarteten. Ihr Prozeß wurde sodann vor einem gemischten — aus Europäern, Japanern und Chinesen bestehenden — Gerichtshof verhandelt und zwei der Angeklagten wurden für schuldig befunden.

Wie aus Shanghai berichtet wird, waren die Richter mit den Angeklagten zu einem Einverständnis gelangt, daß auch die Strafe nach europäischen Auffassungen verbüßt werden soll. Nach chinesischen Gesetzen wären alle sechs Pamphletisten hingerichtet worden. Nun verlangt der kaiserl. Hof die Auslieferung der zwei Schuldigen. Geben die anstehenden Vertreter nach, so ist kein Zweifel, daß die Verurteilten hingerichtet werden. Das Leben der beiden chinesischen Patrioten hängt also ganz vom Willen des Auslandes ab. Die Vertreter Russlands, Deutschlands und Frankreichs sind bereit, der Kaiserin-Witwe zu Willen zu sein, während der britische und japanische Vertreter die Auslieferung verweigern, bis sie von ihren Regierungen Instruktionen erhalten. Öffentlich erweisen sich die Regierungen Englands und Japans als Beschützer der Meinungsfreiheit. Daß Deutschland sich Ausland zum Schutze einer durch und durch verfaulten Dynastie angeschlossen hat, ist nicht verwunderlich, aber wie kommt das republikanische Frankreich dazu,

Aus Industrie und Handel.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat. Wie im vorletzten Wochenbericht dargelegt wurde, hat das Kohlenyndikat in seine Statuten und in den neuen Vertragsentwurf einen Passus hineingetragen, der es dazu berechtigt, Kohlenbergwerke, sowie noch nicht aufgeschlossene Kohlenfelder zu erwerben.

Hamburg-Amerika-Linie. Wie aus London gemeldet wird, hat Generaldirektor Pollin die fünf ältesten Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Albatros“, „Albatross“, „Albatross“, „Albatross“ und „Albatros“ an eine Reederei in Glasgow verkauft und von den fünf Dampfern der englischen Gull-Linie die vier neuesten und größten Schiffe erworben, die vor einigen Jahren mit großen Kühlanlagen versehen wurden und jetzt zum Transport von Fleisch und frischen Früchten von Südamerika verwandt werden.

Leipziger Bank. Die Gläubigerversammlung der Leipziger Bank ermächtigte einstimmig den Kontrollverwalter, die Kontrollmasse gegen folgende Gegenleistung an das Leipziger Bankhaus Ertel, Frenberg u. Co. unter Garantie der Nationalbank für Deutschland in Berlin zu verwerfen.

Ueber die Anbaufläche der vier Haupt-Getreide-Arten und der Kartoffeln bringt das neue Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich eine übersichtliche internationale Zusammenfassung.

Zur diese Zeit stellte sich die Anbaufläche von Weizen in den Vereinigten Staaten von Amerika mit 17 198 000 Hektar am höchsten, dann folgte Russland mit 16 708 800 Hektar; in großen Abständen hierauf die anderen Länder: Frankreich mit 6 884 100 Hektar, Italien mit 4 598 000, Spanien mit 3 663 400, Ungarn mit 3 882 200, dann erst Deutschland mit 2 051 200 Hektar Anbaufläche.

Wein Roggen übertrifft Russland, wie bekannt, alle anderen Kulturländer bei weitem; es steht auch in der Anbaufläche bei weitem an der Spitze. Sie betrug im Erhebungsjahre 1900 nicht weniger als 28 594 100 Hektar, in weitem Abstand folgt dann an zweiter Stelle Deutschland mit 5 981 600 Hektar, darauf Frankreich mit 1 701 700 Hektar Anbaufläche, dann kommt Frankreich mit 1 419 800, Ungarn mit 1 064 500 Hektar; alle anderen Länder bleiben weit unter 1 Million Hektar.

Wein Roggen übertrifft Russland, wie bekannt, alle anderen Kulturländer bei weitem; es steht auch in der Anbaufläche bei weitem an der Spitze. Sie betrug im Erhebungsjahre 1900 nicht weniger als 28 594 100 Hektar, in weitem Abstand folgt dann an zweiter Stelle Deutschland mit 5 981 600 Hektar, darauf Frankreich mit 1 701 700 Hektar Anbaufläche, dann kommt Frankreich mit 1 419 800, Ungarn mit 1 064 500 Hektar; alle anderen Länder bleiben weit unter 1 Million Hektar.

Zur diese Zeit stellte sich die Anbaufläche von Weizen in den Vereinigten Staaten von Amerika mit 17 198 000 Hektar am höchsten, dann folgte Russland mit 16 708 800 Hektar; in großen Abständen hierauf die anderen Länder: Frankreich mit 6 884 100 Hektar, Italien mit 4 598 000, Spanien mit 3 663 400, Ungarn mit 3 882 200, dann erst Deutschland mit 2 051 200 Hektar Anbaufläche.

Die Liste der fähigen Bürger Berlins, die vom 15. bis 30. Juli d. J. im Wahlbureau öffentlich ausgelegt worden war, ist von 17 080 Personen eingesehen worden.

Die öffentliche Schreibstube für Stellenlose ist in Charlottenburg, Strammstr. 89, unter Beihilfe der Stadt, welche 2000 M. dafür bewilligt hat, ins Leben gerufen worden.

Die öffentliche Schreibstube für Stellenlose ist in Charlottenburg, Strammstr. 89, unter Beihilfe der Stadt, welche 2000 M. dafür bewilligt hat, ins Leben gerufen worden. Die Fürsorge für Arbeitslose liegt ja in der Reichshauptstadt und ihrer Umgebung noch außerordentlich im Regen, weder sind von den Kommunen irgend welche Schritte unternommen, eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit herbeizuführen, noch versucht man erstlich, den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Weissensee. Eine außerordentliche General-Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins findet heute abend 8 1/2 Uhr im „Bereitschafts“, Charlottenburgerstr. 150, statt.

Stregitz. Die Versammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Gambirius“ (Schellhase), Hornstr. 16, a. statt.

Socialdemokratischer Wahlverein für Komadow-Neuendorf. Mittwoch, 6. August, abends 1/2 9 Uhr, bei Dienke, Wasserstr., Verammlung. Tagesordnung: 1. Geschäftsliches. 2. Erwählung von der Reichstagswahl. 3. Vortrag: Die Socialdemokratie nach den Reichstagswahlen. Referent: Genosse Koppe-Berlin. 4. Der diesjährige Parteitag. 5. Sommerfest. 6. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und erfährt um zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Lokales.

In der südlichen Gadenstraße Gitschinerstraße haben die Arbeiter wiederholt bei der Direktion vorstellig werden müssen, um die Beseitigung verschiedener Mängel herbeizuführen. Und es muß anerkannt werden, daß geäußerte Wünsche in Bezug auf hygienische Verbesserungen Berücksichtigung gefunden haben.

Eine „gemüthliche“ Rentengesellschaft hat die Sektion I der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft in dem Hause Großbeerendstraße 28d errichtet.

Die Liste der fähigen Bürger Berlins, die vom 15. bis 30. Juli d. J. im Wahlbureau öffentlich ausgelegt worden war, ist von 17 080 Personen eingesehen worden.

Die öffentliche Schreibstube für Stellenlose ist in Charlottenburg, Strammstr. 89, unter Beihilfe der Stadt, welche 2000 M. dafür bewilligt hat, ins Leben gerufen worden.

Die öffentliche Schreibstube für Stellenlose ist in Charlottenburg, Strammstr. 89, unter Beihilfe der Stadt, welche 2000 M. dafür bewilligt hat, ins Leben gerufen worden.

Die öffentliche Schreibstube für Stellenlose ist in Charlottenburg, Strammstr. 89, unter Beihilfe der Stadt, welche 2000 M. dafür bewilligt hat, ins Leben gerufen worden.

Die öffentliche Schreibstube für Stellenlose ist in Charlottenburg, Strammstr. 89, unter Beihilfe der Stadt, welche 2000 M. dafür bewilligt hat, ins Leben gerufen worden.

absolut nichts mehr Aufregendes. Ein solcher weiß, daß die Schul- und besonders die Armenarzstellen weiter nicht sind, als ganz fette lebenslängliche Renten für die Söhne, Vettern und Neffen der liberalen Stadtväter.

Der Onkel des Kollegen war zufällig — Stadtverordneter und — bald hatte der Kollege eine Armenarzstelle mit 1200 M. weg; sein Bruder war zufällig der Besitzer einer großen Fabrik, trat mit seinem Betrieb eigens aus der betr. Orts-Krankenkasse aus und stellte ihn natürlich als alleinigen Arzt bei der neu gegründeten Betriebs-Krankenkasse an.

Die neue Orthographie auf dem Standesamt. Die Einführung der neuen Rechtschreibung auf den Standesämtern betrifft eine neue Verfügung des Ministers des Innern.

Den Unternehmern noch wenig bekannt ist die Bestimmung des § 629 des Bürgerlichen Gesetzbuches, welche besagt: „Nach der Kündigung eines dauernden Dienstverhältnisses hat der Dienstberechtigte (Unternehmer) dem Verpflichteten (Arbeiter) auf Verlangen angemessene Zeit zum Auffuchen eines anderen Dienstverhältnisses zu gewähren.“

Eine eigne Kundenhandarbeits-Werkstätte ist in diesem Sommerhalbjahre in dem neuen großen Genossenschaftshause eingerichtet worden, das der Berliner Beamten-Wohnungsverein an der Wilmersstraße nahe dem Ringbahnhof „Südhauser Allee“ sich hat erbauen lassen.

Folgen eines Insektenstichs. Der bei seinen Verwandten zu Besuch hier weilende Kaufmann Berthold Müller war vor einigen Tagen im Garten eines kleinen Laubengrundstücks mit der Ernte von Beeren beschäftigt.

Ein Messerstich erhielt in der Nacht zum Sonntag der 22. Jahre alte Arbeiter-Wilhelm Grzymann aus der Soldinerstr. 92, ein gefährlicher Kaufbold.

Entführt? Die 15 Jahre alte Verkäuferin Gertrud Kampmann, die Tochter eines Dachdeckers aus der Wulkastr. 14, die in einem Japangeschäft in der Leipzigerstraße angeheiratet war, lernte im März dieses Jahres in einer Konditorei, die sie mit einer Mitangestellten besuchte, einen 29 Jahre alten Ingenieur Dr. B. aus der Kronenstr. kennen.

Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Möbelwagen und einem Pferd kam es gestern vormittag auf dem nach Potsdam führenden Wege in Grunewald.

Der Kollege — er regt sich in der vorliegenden Kammer dieser Zeitung über die Protektion bei der Verlegung von Schulartz-Stellen auf. Für den Kommer der Verhältnisse hat die Sache

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion den Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 4. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Neues Operntheater. Die Fledermaus.
Westen. Mit-Heidelberg.
Leffing. Der Hecolome.
Deutsches. Donna Anna.
Anfang 8 Uhr:

Berliner. Der Troubadour.
Kleines. Nachtschl.
Thalia. Das Alter.
Belle-Alliance. Spezialitäten.
Carl Weick. Der Fehltritt einer Frau.
Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Metropol. Neues! Neues! Alles Neues! Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Jubiläumsstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Zu herrlichen Sommergärten: Hof. Bedeut. 6 Uhr. Sonntag 4 Uhr:
Grosses Konzert.
Anf. der Spezialitäten - Soch. 8 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung im Theater.
Ad-Ad lebt und schreit, erregt das größte Grollen.
Das neue August-Programm.
Entrée 50 Pf. Entrée 50 Pf.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Zum 205. Male:
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Balletts. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtschl.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Täglich: Die Liebes-Insel mit dem sensationellen Briefmarken-Ballett.
Ein ungetreues Weib.
Mimodrama in 2 Akten, gespielt von Merians dreifürstlichen Gunden.
The Avolos - Brothers Kaufmann.
Messieurs Kosmograph.
Neue Silber-Serie.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Die eine weint, die andre lacht.
Vorher:
Eine Stunde Kaiser von Oestreich.
Kaffeebühne von 3 Uhr ab.
Donnerstag, den 6. August 1903:
Benefiz Tony Ferrand.

Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Direktion: H. Kalbo.
Täglich: **Johanniszauber.**
Operetten-Balletts in 4 Bildern von H. Geride.
Konzert und Ball.
U. a.: Dora Waldau, Bravour-Soub. Original Eugen Mirada, Tanzhumorist.
Neu! **The Berlings.** Neu! die singende Luftsee.
Johnke Compagnie.
Transformations - Red. Fantomime.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., zum Platz 50 Pf.
Freitag, den 7. August: Benefiz für den Kassenfür Arthur Seelen.
Zur Aufführung gelangt:
Mit-Heidelberg du Feine.

Fröhels Allerlei-Theater
fröhlicher Puhmann.
Schönhauser Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Seite sowie täglich:
Große Gala-Vorstellung
des gesamten, neu engagierten riesengroßen
August-Spielplans
Neu! Das Bild des Vaters
Original-Boltsstüd v. Anton Anno.
Dazu: Hedwig Böring.
Alexander Carrel. Hugo Schulz.
Afhrods-Trio. Tom Bell.
Duskomatograph usw.
Im Saale: **Grosser Ball.**
Anfang 5 Uhr. Entrée 30 Pf.

Urania.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 165.
!! Menschliches Doppelwesen:
die zusammen gewachsenen Schwestern
20 Jahre alt, spielen Violine!

Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Die Tritons,
die besten Taucher der Welt, 5 Minuten unter Wasser ohne zu atmen.
Tilly Verdier, Soubrette.
Kapitain Martons, Kunstschütze.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den siebenten Monat den Kopf über **AGA!**
14 neue erstklassige Nummern.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Doppelkonzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 J. die Hälfte.
In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär.
Vorstellungen: Wochentags 6-7 Uhr, Sonnt. 4-5, 6-7 Uhr.
Eintritt: Sperrsitze 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

'Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Strasse 132.
Abends 8 Uhr:
Der Fehltritt einer Frau.
Morgen: Der Fehltritt einer Frau.
Im Garten: Neues August-Programm. Anfang 4 Uhr.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Dienstag, den 4. August cr.:
Verbotene Wege.
Boltsstüd mit Gefang in 2 Akten von Hans Müller.
Delbst, einheimischer Handtrockner.
Karl Groth, Groteskmeister.
The 3 Amaranths, arab. Tänzerinnen.
Gauert mit seinen dreifürstlichen Gunden.
Rivas und Dixas, Antipodenpaar auf lebendem Giebelst.
Mary Ellys, moderne Tyrolenne.
Richard Wagner, Komersänger.
Ballott-Gesellschaft, Saltarello.
Marie Förster, Solotänzerin.
Anfang 4 Uhr.
Mittwoch, den 5. August: **Friede auf Erden.**

Schweizer-Garten
am Königsberg, am Friedrichshain.
Täglich: **Theater** und **Artisten-Vorstellung.**
Ball und Volksbelustigungen.
Abends 10 Uhr: **Berliner Sportmadel.**
Poffe in Gef. in 2 Bildern v. Geride.
Lebende Bilder.
Bioscop. Neueste Aufnahmen.
Jeden Mittwoch: **Kinderfest.**
Dienstag, den 4. August: Benefiz für Herrn Schaub: Re seine Nummer.
Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut, Horn- und Fraucenleiden, Seydelstr. 9.
1/2, 12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11.

Max Klem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. - Kritische Zeitung: Paul Milbitz.
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeebühne ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochgelegene Regalbahnen, Würfelbahnen, Kombitorer, Blumenstand etc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Schloss Weissensee.
„Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch.
Täglich: **Grosste Theater-Spezialitäten-Vorstellung.**
Nielenprogramm, 40 Nummern. Im Bal champêtre: **Grosser BALL.**
Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfreundefest mit Gratis-Verlosung.
Jeden Donnerstag: **Grosses Monstre-Elite-Feuerwerk u. Doppelkonzert.**
Jeden Sonntag: **Grosses DOPEL-KONZERT.**
Kaffeebühne. - Selbstbelustigungen aller Art.

Reichshallen
Täglich:
Stettiner Sänger.
Königsplatz 7 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Portièren
Spezialität! (ca. 200 Genre)
Einzelne Garnituren spottbill.
Special-Katalog ca. 600 Illustr. gratis u. franco.
Teppich-Emil Lefèvre.
Spezialhaus Oranienstrasse 158 Berlin S.

Sanssouci.
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Sotire: **Tanzkränzchen.**
Für die Winterfason sind noch einige **Sonnabende** frei zu Festlichkeiten.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Koffer-Saal: **Tanz.**

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Tägl. im herrl. Garten: Tägl. **Grossart. Programm.**
Tom Bryasly, Silhouetten. Gerra-Sano, Gesang u. Transformation.
Any Rany, deutsch-franz. Soub. Edward Reetz, Humorist.
Henriette Donoux, Vortrags-Soubrette. Bonnet-Trio, Reliance. W. Rud. Schaub, Charakteristom.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für (13/19* **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Extra-Dampferfahrt.
Jeden Dienstag und Freitag nach Ziegenhals, „Zum Sports-haus“ bei Rauchlangwerder, herrlich am Grossinssee gelegen.
Abfahrt 2 Uhr nachmittags von der neuen Anlegerstelle an der Michaelbrücke (Michaelstr. 1). Hin- und Rückfahrt 40 Pf.
N.B. Für Fabriken! Rein großer Saal ist noch einige Sonnabende im August frei. Auch liegen ganz billige Dampfer zur Verfügung.
Leichon:
M. Mörschel, Königs-Wusterhausen No. 75.

Billigste Dampfer-Extrafahrten.
Abfahrt nachm. 2 1/2 Uhr von der Michael-Brücke, Stadtbahnhofen. 21632*
Jeden Montag u. Donnerstag nach Seebad u. Heil. Wüggelwerder, Bahnhofsstation Raublangwerder, herrlich am Grossinssee gelegen.
Jeden Dienstag u. Freitag nach Ziegenhals bei Rauchlangwerder.
Preis: 40 Pf. Kinder die Hälfte. Im Wüggelwerder kostenfreies Seebad.
Keddigs Reederei, Michael-Brücke, N.B. Dampfer für Berlin, Havelland etc. billigt, auch nach Sonntags.

Millionen von Lehrbüchern der Methode
Gaspey-Otto-Sauer
zur Erleichterung moderner Sprachen sind in allen Ländern verbreitet. Beste Methode (Schule u. Selbstunterricht) (hierfür Schülfer!) von deutschen Lehrgelehrten entworfen: arabisch, chinesis, engl., franz., italien., portugies., russ., schwed., span., türk., ungar. Preis 1.00-10 Mk. Prospekt auch über 6. Kurzen I. Araber, Französisch, Portugiesisch, Italienisch, Niederländisch, Polnisch, Spanisch, Russisch, Rumänisch, Englisch auf Verlangen gratis. Bei Buchh. I. Schmitz Lehrersampl. gratis, an Privatlehrer 1. haben Preis. Alle Bücher solid gebunden.
Julius Groos Verlag, Heidelberg, Paris, London.

Gänsefedern 60 Pf.
pro Pfund (grösste zum Nehen). 2 Schlachtfedern, wie sie v. d. Gans fallen, mit allen Dämmen M. 1.50, fälligerer Gänsefedern M. 2.00, bessere Gänsefedern M. 2.50, 3.00, beste schwedische M. 3.50, russische Dämmen M. 3.50, weiße böhmi. Dämmen M. 5.00, schiffene Feder M. 1.50, 2.00, 2.50. Prima gefüllene M. 3.00, 3.50. Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S., Ertz Bettfedernfabrik m. elektr. Maschine. Diele Anerkennungs-schreiben.

Berliner Uk-Trio.
Felix Schauer Stralauerstr. 1.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 5. August 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstätt-Kontrollkommission. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Werkstätt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Die Kommissionmitglieder erscheinen um 7 Uhr.

Osten u. Nordosten: bei Mann, Strauhbergerstr. 3.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Werkstätt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Südosten: bei C. Behrend, Mantuffelstr. 95.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstätt-Angelegenheit. 3. Verschiedenes.

Süden: bei Doberstein, Wasserthorstr. 68.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Verschiedenes.

Süd-Westen und Westen: in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Werkstätt-Angelegenheiten.

Moabit: bei Jocksch, Turmstr. 84.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Verbands- und Werkstätt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei Herrn Raabe, Kolbergerstrasse 23.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und Werkstätt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Modell- und Fabrik-Tischler
bei Dieke, Herstraße 123.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstätt-Angelegenheiten und Verschiedenes. Jede Werkstätt muß vertreten sein.

Musikinstrumenten-Arbeiter.
Mittwoch, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Die Differenzen in verschiedenen Betrieben unserer Branche. 2. Bericht der Kommission. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. - Jede Fabrik muß vertreten sein.

Bezirk Friedrichsberg und Friedrichsfelde
im Lokale des Herrn Lutterbüse, Friedrich Karlstraße Nr. 11.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Werkstätt-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 5. August, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:
Vertrauensmänner-Versammlung
der in Treppengeländer-Fabriken beschäftigten Arbeiter aller Branchen: Drechsler, Tischler, Stellmacher usw.
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Diskussion. Jede Werkstätt muß vertreten sein. Der Obmann. Die Vertrauensmänner-Versammlung der Drechsler für alle Bezirke fällt in diesem Monat aus.

Stoek- und Celluloid-Arbeiter.
Vertrauensmänner-Versammlung
bei Bareitz, Bräudenstraße 7.

Mittwoch, den 5. August, abends Punkt 8 1/2 Uhr, bei Kynitz, Große Frankfurterstraße 133:
Branche-Versammlung der Kammacher
und aller in der Celluloid-Garnschwand-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Leopold. 2. Diskussion. 3. Werkstätt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. 65/13
Kollegen! Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller dringend notwendig.
Die Kommission.

